

tatur“ ein lesenswertes und gut lesbares Buch ist, dem – angesichts nach wie vor verbreiteter Unkenntnis und Vorurteile zum Gegenstand „Leben in der DDR“ – viele Leser zu wünschen sind, vor allem im Westen Deutschlands.

JÜRGEN GERHARDS / FRIEDHELM NEIDHARDT / DIETER RUCHT,
Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am
Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen: Westdeutscher
Verlag 1998, 223 S., kt. DM 48,-

Willy Viehöver

Ziel des Buches ist die Erforschung der Strukturen und Funktionen der öffentlichen Meinungsbildung. Auf dem Prüfstand stehen dabei zwei populäre Modelle der Öffentlichkeit, das wesentlich an Jürgen Habermas angelehnte Modell einer deliberativen Öffentlichkeit auf der einen Seite und das liberale Modell der Öffentlichkeit, welches uns in diesem Buch als ein Hybrid aus Bruce Ackermans liberaler Theorie der Demokratie und Niklas Luhmanns Spiegelmodell der Öffentlichkeit präsentiert wird. Der öffentliche Streit um die Liberalisierung des §218, in seinen verschiedenen Phasen von 1970-1994, dient dabei als problemspezifischer Hintergrund der Hypothesenprüfung: er ist nicht das eigentliche Thema des Buches. Daher erklärt sich der recht kurze Überblick über die Geschichte des Abtreibungskonfliktes in Deutschland, den das erste Kapitel gewährt. Es widmet sich kurz der Entstehungsgeschichte des „Abtreibungsparagraphen 218“ Mitte des letzten Jahrhunderts und den seine Geschichte begleitenden öffentlichen Debatten vor dem Beginn der NS-Zeit. Hauptgegenstand sind jedoch die Debatten über die Reformgesetze der siebziger und der neunziger Jahre.

Im zweiten Kapitel wird dann der theoretische Bezugsrahmen für die anvisierte empirische Überprüfung der normativen Öffentlichkeitsmodelle entfaltet. Beide zur Prüfung anstehenden Öffentlichkeitsmodelle teilen die Auffassung, daß Öffentlichkeit zur institutionellen Grundausstattung von Demokratien gehört. Die Institution Öffentlichkeit sichert die Chance, Realitäts- und Problemdeutungen, aber auch (zu treffende) politische Entscheidungen zur Diskussion zu stellen. Die beiden Modelle unterscheiden sich in drei wesentlichen Punkten. Erstens in der Frage, wer welche Inhalte in der Arena Öffentlichkeit kommuniziert. Zweitens bezüglich der Vorstellungen, wie die aktiven Teilnehmer (Sprecher) miteinander kommunizieren sollten und drittens, welches Ergebnis von öffentlichen Debatten zu erwarten ist. Das liberale Modell der Öffentlichkeit ist ein Repräsentationsmodell. Es geht davon aus, daß unterschiedliche normative Positionen im praktischen Diskurs nicht konsensuell geklärt werden können. Insofern kann die öffentliche Debatte nur für mehr Transparenz in der politischen Debatte sorgen. Die öffentliche Debatte macht Positionen sichtbar und damit für das Publikum, auf den Rängen der Arena Öffentlichkeit, *beobachtbar*. Das liberale Modell erwartet hingegen nicht, daß fundamentale Wertfragen wie jene, um die sich die Abtreibungsdebatte sei langem dreht, konsensuell geklärt werden. Welches Thema, welches Argument eine Marktchance erhält, hängt nicht von der Wahrheit, der moralischen Richtigkeit oder Wahrhaftigkeit der Behauptungen ab. Es ist im Prinzip alles sagbar: erwartet wird lediglich der Verzicht auf „Schmähschriften“ und ein Minimum „wechselseitigen Respekts“. Das liberale Modell erwartet vom öffentlichen Diskurs nur, daß er das Publikum über die vorhandenen Meinungen im Entscheidungsfall informiert. Information und Transparenz, nicht Konsens sind das Ziel des öffentlichen Diskurses. Um öffentliche Debatten nicht zu überhitzen, wird sogar erwartet, daß die Akteure in der

Arena Öffentlichkeit unentscheidbare Wertfragen aus der weiteren Debatte ausschließen. Eine ziemlich naive Hoffnung, wie die Dauerkonjunktur des Abtreibungsthemas zeigt.

Das deliberative Modell ist hingegen anspruchsvoller angelegt. Statt bloßer Repräsentation werden im deliberativen Modell idealiter Verständigung, Konsens oder wenigstens Mehrheiten gesucht. Zudem sollten die Kontrahenten, die öffentlich debattieren, ihre Behauptungen mittels Argumenten stützen können. Hier wird das Prinzip des *anything goes* nicht nur durch die Metanormen des „wechselseitigen Respekts“ und des „Verzichts auf Ehrverletzung“ eingegrenzt, sondern durch gute Gründe. Das deliberative Modell erwartet in wichtigen gesellschaftlichen Fragen ein aktives Publikum. Zivilgesellschaftliche Akteure sollen die Positionen des Zentrums (Parteien, Verwaltungen, Gerichte, Verbände) ergänzen und so zur Legitimation von politischen Entscheidungen beitragen oder diese kritisch in Frage stellen (35). Das Prinzip der Partizipation ersetzt das der Repräsentation. Und gerade von den zivilgesellschaftlichen Akteuren erwartet das deliberative Modell der Öffentlichkeit den Willen zur argumentativen Auseinandersetzung. Mehr als von den Akteuren des politischen und gesellschaftlichen Zentrums wird von den Akteuren der Zivilgesellschaft erwartet, daß sie ihre Behauptungen und moralischen Forderungen mit Gründen versehen. Folglich erwartet man als Anhänger des deliberativen Modells öffentlicher Kommunikation im Hinblick auf die Erfüllung des Legitimationsprinzips auch mehr als Information und Transparenz. Ziel öffentlicher Debatten ist ein Konsens der Meinungen oder aber die Erzeugung argumentativ gestützter Mehrheitspositionen (37).

Kapitel 2.2. ist um eine Operationalisierung der beiden Modelle der Öffentlichkeit bemüht. Gegenstand der Untersuchung ist dabei die Medienöffentlichkeit moderner Gesellschaften (38-39). Daher ergeben sich folgende Leitfragen, an denen sich die Öffentlichkeits-theoretische Untersuchung orientiert (25): Welche Funktion erfüllt Öffentlichkeit bei der Bearbeitung der umstrittenen Abtreibungsfrage? Welche Akteure bestimmen die öffentliche Debatte? Wie gehen die Akteure in einer massenmedial gesteuerten Sphäre der Öffentlichkeit miteinander um? Welche Kommunikationsformen bilden sich im öffentlichen Diskurs heraus? Welchen Einfluß haben diese Kommunikationsformen im Hinblick auf die Lösung des Wertekonfliktes? Als aktive Sprecher, die in der Arena Öffentlichkeit auftreten können, werden z.B. Politiker, Experten, Intellektuelle, Verbände, Bewegungen, der einfache Bürger und Journalisten als Vertreter der Massenmedien verstanden. Die Leser, Hörer und Zuschauer bilden das Publikum, dessen Meinungen in der Regel durch Umfragen sichtbar gemacht werden. Die öffentliche Meinung, also die Meinungen, die von den aktiven Sprechern geäußert werden und von den Medien übertragen werden, können sich von der individuellen Meinung durchaus unterscheiden, was aber den Erwartungen des liberalen Öffentlichkeitsmodells zuwiderlaufen würde (38). Zur Analyse der öffentlichen Meinung bedarf es einer aufwendigen Inhaltsanalyse, die Autoren sprechen auch von einer Rahmen- und Deutungsmusteranalyse (49). Dieser Inhaltsanalyse des Abtreibungsdiskurses, die anhand von Akteursdokumenten und der Printmedien Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung durchgeführt wird, ist der Hauptteil des Buches gewidmet.

Um zu überprüfen, wie sich die Meinung der aktiven „Sprecher“ zur Bevölkerungsmeynung verhält, greift die Studie auf schon vorhandenes demoskopisches Material zurück. Dieses Material wird in Kapitel 4 ausbreitet (52-64). Vor allem das liberale Öffentlichkeitsmodell erwartet gemäß dem Repräsentationsprinzip, daß Bevölkerungsmeynung und öffentliche Meinung nicht allzusehr voneinander abweichen. Es wird vermutet, daß die Medien jenen Akteuren breiteren

Raum widmen, bei denen sie davon ausgehen, daß sie die Meinung breiter Bevölkerungskreise repräsentieren (40). Die empirischen Befunde bestätigen im wesentlichen die moderaten normativen Annahmen des liberalen Modells der Öffentlichkeit. Zum einen unterscheiden sich öffentliche Meinung und Bevölkerungsumfragen tendieren zu pragmatisch-liberalen Lösungen in der Abtreibungsfrage, sehen aber gleichzeitig Abtreibung als unmoralisches Handeln. Neben der Bevölkerungsumfrage werden allerdings hauptsächlich die kollektiven Akteure, die durch PR-Arbeit den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung prägen, untersucht: die Massenmedien und die verschiedenen kollektiven Akteure, die von Frauengruppen, Lebensschützern, Wohlfahrtsverbänden, Parteien, Administration, Gewerkschaften bis zu Standesorganisationen und Kirchenverbänden reichen. Die Inhalte des Mediendiskurses spiegeln ebenfalls die Deutungen der kollektiven Akteure. Diese Befunde bestätigen erneut die Repräsentationsthese des liberalen Öffentlichkeitsmodells. Die Partizipationsannahme des deliberativen Modells wird hingegen, laut *Gerhards, Neidhardt* und *Rucht*, nicht bestätigt. Die Akteure des Zentrums und die organisierten Akteure der Peripherie sind in den Printmedien überrepräsentiert (100-113). Die Akteure der Zivilgesellschaft sind in den analysierten Medien FAZ und SZ so gut wie nicht präsent.

Kapitel 5 untersucht die Öffentlichkeitsarbeit dieser Akteure, während Kapitel 6 die Selektivität der Massenmedien und Kapitel 7 die Sprecher der Medienöffentlichkeit genauer in den Blick nimmt. Dabei wird die Zwitterstellung der Medien deutlich, die einerseits die Bühne des Abtreibungsdiskurses bilden und andererseits durch die Journalisten selbst an der Produktion der öffentlichen Meinung beteiligt sind. Die Medienanalyse dient einerseits als Bezugspunkt für die Messung von Repräsentations- und Partizipationsdefiziten (42). Zugleich soll die Medienanalyse aber auch erklären, nach welchem Muster die Massenmedien Meinungen und Akteure auswählen. Die Frage ist, ob die Fähigkeit der Sprecher zur PR-Arbeit (Input-Hypothese) über deren Repräsentation in den Medien entscheidet, oder ob diese von der ideologischen Ausrichtung der Medien (Medien-Bias), von bestimmten Nachrichtenfaktoren (Prominenz der Akteure, Relevanz des Themas), Konflikthaftigkeit von Ereignissen und Positionen abhängt. Die Medienbiashypothese konnte in dieser Untersuchung keine Bestätigung finden, was aber laut Autoren am Sampling liegt (109-112, 182). Hingegen sehen die Autoren die Input-Hypothese und Nachrichtenfaktoren als erklärungskräftig an. Der Grund für die Überrepräsentation der Akteure des Zentrums und der organisierten Akteure der Peripherie in den Massenmedien im Vergleich zu sozialen Bewegungen und Bewegungsorganisationen ist die Verfügung über bessere PR-Arbeit und die höhere Reputation, die sie genießen. Gleichwohl gestehen die Autoren aber ein, daß diese unausgewogenheit in der Reformära der frühen siebziger Jahre weniger ausgeprägt gewesen sein könnte.

Methodisch aufwendig ist die Untersuchung des Kommunikationsverhaltens der Akteure und der Inhalte der Kommunikation (Themen, Ideen, Deutungsmuster, Rahmen). Letzteres wird anhand von Deutungsrahmen (frames) aufgeschlüsselt. Hier werden acht Deutungsrahmen unterschieden: a) Definition des Fötus als menschliches Leben; b) Selbstbestimmung der Frau; c) Konflikt zwischen Schutz des Lebens und Rechten der Frau; d) Abtreibung als moralisches Handeln; e) Aufgaben des Staates als moralischer Akteur; f) Vorrang pragmatischer Gesichtspunkte vor allgemeinen Grundsätzen; g) Befürchtung von sozialer Ungerechtigkeit; h) Gesellschaftliche Bedeutung und Folgen von Abtreibung. Über die Güte der Rekonstruktion der acht Deutungsrahmen könnte man aller-

dings trefflich streiten (120-136; 195-201). So kann es kaum überraschen, daß der erste Rahmen a) das klar dominierende Deutungsmuster der Debatte ist, wenn man sieht, wie dieser Rahmen definiert wurde. Es wird lediglich untersucht, ob die codierten Textstellen der Kategorie „Fötus ist menschliches Leben“ zugerechnet werden können oder nicht. 88,8% der Aussagen fallen in diese Kategorie, während nur 10,6% dem Contra-Deutungsmuster zugerechnet werden. Gelegentlich wird der Deutungsrahmen sogar ohne das Adjektiv „menschlich“ angeführt, was wiederum einen großen Unterschied in der Debatte ausmachte (122, 124). Zwar wird diese Unterscheidung dann nochmals in je vier Kategorien aufgegliedert – die Kriterien sind a) Aussage erfolgt ohne Begründung; b) mit Begründung; c) mit Bezug auf den Wert anderen Lebens; d) Aussage wird verbunden mit der Forderung nach gesetzlichem Schutz – aber auch dies ergibt kaum Information über die in der symbolischen Auseinandersetzung verwendete Rhetorik. Sämtliche rhetorischen Nuancen, die die involvierten Akteure aufgeboren haben (das Ungeborene sei eine Person, ein Kind, ein Baby vs. das Ungeborene sei ein Parasit, eine Himbeere, eine Kaulquappe oder aber ein konstruktiver Akt der Frau), werden durch die von den Autoren verwendete Dichotomie (Fötus = (menschliches) Leben, ja/nein) verwischt. Wenn man die realitätskonstituierende Kraft der Symbole, Topiken und weiterer rhetorischer Mittel nicht deutlicher in den Mittelpunkt einer Rahmenanalyse stellt und sie zudem mit den fortgeschrittenen Techniken der Darstellung des Ungeborenen in Zusammenhang bringt, kann man den Ausgang der Debatte nicht verstehen. Dennoch, wer sich mit den inhaltsanalytischen Kategorien angefreundet hat, findet hochinteressante Ergebnisse im Hinblick auf die Forschungsfragen.

Hinsichtlich des Kommunikationsverhaltens wird gefragt, ob und wie die zentralen Akteure ihre Positionen begründen. Mit dieser Vorgehensweise soll geprüft werden, ob die Akteure eher dem deliberativen Ideal folgen und ihre Position auf Gründe stützen und auf die Position des argumentativen Gegners Bezug nehmen oder nicht. Diese Fragen werden in den Kapiteln 8-11 untersucht. Dabei gehen *Gerhards, Neidhardt* und *Rucht* davon aus, daß sich die Medien und die im Abtreibungsstreit involvierten kollektiven Akteure an den Präferenzen des Publikums orientieren müssen und nicht am jeweiligen Gegner, weil sie vom Zuprsuch des Bürgers abhängig bleiben (44-45). Daher werden die Akteure, so die Hypothese, eher geneigt sein, auf „Verlautbarungs- und Agitationsstile“ als auf einen diskursiven Stil (Argumente und Gründe) zurückzugreifen. Demnach verhindern schon die Strukturbedingungen massenmedialer Öffentlichkeiten in modernen Demokratien, daß Akteure mit Gründen um einen Konsens in strittigen Wertfragen streiten. Die Medien orientieren sich an Verkaufszahlen, die Parteien an künftigen Wählerstimmen etc. Das ist keine besonders überraschende Hypothese – um so mehr kommt es darauf an, daß die methodische Überprüfung der These Interessantes zutage fördert.

Im Hinblick auf Diskursnormen und Argumentationsniveau fallen die Ergebnisse der Studie etwas ermutigender für das deliberative Modell aus. Allerdings gilt auch hier: Aufgrund der Strukturbedingungen der Institution Öffentlichkeit herrscht Verlautbarungsjournalismus vor. Aber zugleich gilt nicht das Prinzip der *anything goes*. Die Kommunikationsstile und Argumentationsniveaus der Abtreibungsdebatte werden in Kapitel 9 herausgearbeitet. Zunächst wird überprüft, inwiefern die Akteure die Metanorm „wechselseitiger Respekt“ des liberalen Öffentlichkeitsmodells respektieren. Schmähkritiken finden sich in der Tat selten, was eine implizite Beachtung der liberalen Metanorm zu belegen scheint (140-142). Anschließend wird exemplarisch anhand der Frage, ob der Fötus Leben sei oder nicht, gezeigt, daß Behauptungen in 60% der Fälle ohne Be-

